

Dokumentation des Fachtags Armut „Wohnen im Alter – gut und bezahlbar?“

2. April 2019 im Haus der Katholischen Kirche in Stuttgart

Roland Sing, Landesverbandsvorsitzender des Sozialverbandes VdK Baden-Württemberg, begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum Fachtag Armut „Wohnen im Alter – gut und bezahlbar?“ des Bündnisses gegen Altersarmut Baden-Württemberg.

„Wohnen ist ein Grundrecht und eine zentrale soziale Fragestellung für Jung und Alt!“, sagte Roland Sing, Landesverbandsvorsitzender des Sozialverbandes VdK Baden-Württemberg e.V., bei seiner Begrüßung zur Fachtagung. Die steigende finanzielle Belastungen mit Wohn- und Nebenkosten führen dazu, dass „Wohnkosten ein zentrales Anliegen“ sowohl für junge als auch für ältere Menschen in Haushalten mit geringem oder mittlerem Einkommen sind. Immer mehr ältere Menschen sind daher von Ausgrenzung auf dem Wohnungsmarkt bedroht, betonte VdK-Landeschef Roland Sing. „Würdiges Wohnen im Alter hat mit Chancen zu tun“, so Roland Sing. Fast 50 Prozent der Wohnungen, in denen ältere Menschen lebten, sind nicht wirklich altersgerecht. Wichtig sind daher hauptamtlichen und ehrenamtlichen Beratungsangebote, um auf Barrierefreiheit, alltagsunterstützende Technologien und andere Dienstleistungen zuzugreifen zu können. „Diese Information muss unter die Menschen gebracht werden“, betonte Roland Sing und sprach sich dafür aus, dass alters- und behindertengerechte Umbaumaßnahmen ebenso verstärkt wie energetische Sanierungsmaßnahmen vom Land gefördert werden müssen.

Moderator Romeo Edel, Wirtschafts- und Sozialpfarrer des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt, begrüßte ebenfalls zur Fachtagung des Bündnisses und stellte den Ablauf der Veranstaltung vor. Er griff Roland Sings Plädoyer für würdiges und bezahlbares Wohnen im Alter auf und übergab das Wort an Rolf Gaßmann.

Rolf Gaßmann, Vorstandsmitglied des Deutschen Mieterbundes und Vorsitzender des Mieterbundes Baden-Württemberg, befasste sich in dem ersten Referat des Tages mit dem Thema „Was die Politik für bezahlbaren Wohnraum jetzt tun muss!“ Das Ziel einer sozialen Wohnungspolitik muss es sein, bezahlbaren und guten Wohnraum für ältere und jüngere Menschen sicherzustellen. „Von Jahr zu Jahr wird der Wohnungsmangel in Baden-Württemberg größer“, so Rolf Gaßmann. Eine Prognos-Studie beziffert alleine die in den Jahren 2011 bis 2015 aufgelaufene Wohnungsbaulücke auf 88.000 Wohnungen. Jährlich müssten bis zu 65.000 Wohnungen gebaut werden, jedoch wurden 2016 und 2017 lediglich pro Jahr nur rund 33.000 Wohnungen gebaut. „Wohnungsbau ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, so der Vortragende. Rolf Gaßmann forderte eine gesetzliche Stärkung der Mieterrechte, der Mietpreisbremse und vor allem mehr sozialen Wohnungsbau.

Im Anschluss an den Vortrag konnte das Publikum Fragen an die Vortragenden richten. Moderator Romeo Edel leitete nach der lebhaften Diskussion zum nächsten Programmpunkt über. Es folgten drei Impulsvorträge zu Best-Practice-Beispielen für bezahlbares und gutes Wohnen im Alter aus unseren europäischen Nachbarländern.

Den ersten Impulsvortrag gab Karin Zauner-Lohmeyer, Leiterin der Servicestelle Wiener Wohnen. „Wien versteht Wohnen als Grundrecht, wir sehen es als öffentliche Aufgabe an, genügend leistbaren Wohnraum zu schaffen“ und „wir empowern unsere Mieter“, so die Vortragende. Wien bietet eine Wohn- und Wohnrechtsberatung an. Die hohe Anzahl geförderter Wohnungen sowie die umfassenden Investitionen im Bereich der Wohnhaussanierung wirken preisdämpfend auf den gesamten Wiener Wohnungsmarkt, so Zauner-Lohmeyer. Wien gilt nicht ohne Grund als mieterfreundliche Stadt. Die Stadt hat ihren kommunalen Wohnungsbestand seit 100 Jahren nicht privatisiert. 62 Prozent der Wiener/innen leben in einem geförderten Wohnbau. Über 200.000 oder rund 30 Prozent der Mietwohnungen gehören der Stadt und weitere 26 Prozent gehören gemeinnützigen Immobiliengesellschaften. Jährlich werden neue Wohnungen im Auftrag der Stadt gebaut, um

den wachsenden Bedarf an bezahlbarem Wohnraum zu decken. Dies erlaubt gutes und bezahlbares Wohnen im Alter und dank der Quartierspolitik eine gute Vermischung zwischen Jung und Alt. In eigener Sache stellte die Vortragende die europäische Bürgerinitiative für bezahlbaren Wohnraum namens „HOUSING FOR ALL“ vor.

Als zweite Impulsgeberin ging Damaris Hégé, Verband der evangelischen Nachbarschaftshilfe in Frankreich, auf die Nachbarschaftshilfe in Frankreich ein. Sie stellte die individuellen Leistungsansprüche in Frankreich für Menschen, die auf fremde Hilfe angewiesen sind, und ein Pilotprojekt im Bereich des betreuten Wohnens im Elsass vor. Das Projektvorhaben verbindet altersgerechte Pflege mit einem breiten individuellen Dienstleistungsangebot für die Bewohner.

Als dritte und letzte Impulsgeberin sprach Barbara Steenbergen, Leiterin des EU-Verbindungsbüros der International Union of Tenants in Brüssel. Die Vortragende betonte, dass Deutschland in Sachen sozialer Wohnungsbau ein Schlusslicht in Europa ist. „Wir müssen den Anteil des sozialen Wohnungsraum erhöhen“, so die Forderung von Barbara Steenbergen. Es bedarf eines Kurswechsels im sozialen Mietrecht auf Europaebene. Auch die fehlende Transparenz und der Mieterschutz waren Thema des Vortrages. Abschließend ermutigte die Referentin alle, an der kommenden Europawahl teilzunehmen und mit ihrer Stimme für die Parteien zu stimmen, die eine Stärkung des europäischen sozialen Mietrechts anstreben.

Nach den Impulsvorträgen der drei Referentinnen eröffnete der Moderator die Diskussionsrunde in Kleingruppen mit thematischen Schwerpunkten. Die folgenden Diskussionen mit den Referentinnen machte deutlich, dass die lokale Initiative aus Europa und dem Ländle sowie der kommunale soziale Wohnungsbau einen erprobten Baukasten bietet, von der die Landes- und Bundesregierung viel lernen könne. Aber auch, dass es einer europäischen Zielvorgabe für den sozialen Wohnungsbau bedarf.

Nach der Mittagspause gab Prof. Dipl.-Ing. Susanne Dürr, Hochschule Karlsruhe, als Auftakt für die folgende Podiumsdiskussion einen längeren Impulsvortrag zum Thema „Wie wollen wir im Alter würdig leben“. Prof. Dürr betonte, dass „die Stadt der Zukunft die Stadt von gestern ist“. In ihrem Vortrag erörterte sie die Facetten und individuellen Ansprüche an gute und bezahlbare Wohnformen. Der Bestand und Bedarf der Bewohner ist zu prüfen, so die gelernte Architektin. Sie stellte verschiedene Pilotprojekte von generationsübergreifendem Wohnen vor. Die Vortragende betonte diesbezüglich außerdem die Bedeutung einer wissenschaftlichen Begleitung der Projekte, da besonders die verändernden Bedürfnisse der Bewohner zu Herausforderungen werden können. „Legt Wert auf die architektonisch-räumliche Gestalt“, ermahnte Prof. Dürr abschließend.

Der Impulsvortrag leitete die anschließende Podiumsdiskussion ein, an der die Referentin und Ministerialdirektor Prof. Dr. Wolf-Dietrich Hammann, Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg, sowie Dr. Daniela Harsch, Bürgermeisterin für Soziales, Ordnung und Kultur der Universitätsstadt Tübingen als auch Ministerialdirektor Michael Kleiner, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg, teilnahmen.

Ministerialdirektor Kleiner erinnerte daran, dass „das Thema Bauen eine große Rolle im Aufgabenbereich des Wirtschaftsministeriums spielt“. Ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum in Baden-Württemberg zu schaffen, ist eine Herausforderung aufgrund der wenig verfügbaren Bauflächen, steigenden Grundstückspreise und Engpässe in der Bauwirtschaft. Er verwies auf die Wohnraum-Allianz Baden-Württemberg, die sich dem Mangel an sozialen Wohnungen angenommen hat. 65.000 soziale Wohnungen müssten jährlich neu gebaut werden, um das Defizit abzubauen, jedoch konnten nur rund 33.000 Wohnungen 2017 fertiggestellt werden. Zudem werden die Fördergelder für den sozialen Wohnungsbau in Baden-Württemberg nicht abgerufen. Michael Kleiner bestärkte das Vorhaben des

Ministeriums, die finanzschwachen Kommunen zu beraten und finanziell im sozialen Wohnungsbau zu fördern, damit mehr sozialer Wohnungsraum geschaffen wird.

Ministerialdirektor Hammann setzte sich einleitend juristisch und pragmatisch mit der Frage des würdigen Wohnens im Alter auseinander. „Wir wollen Mietwohnungsraum dezentral integriert und sozial durchmischt zur Verfügung stellen“, so der Vortragende. Das Land Baden-Württemberg begegnet den demografischen und sozialen Herausforderungen. Mit der Strategie „QUARTIER 2020.Gemeinsam.Gestalten.“ begleitet das Ministerium für Soziales und Integration die Kommunen dabei, um neue Strukturen zu schaffen und das Zusammenlebens der Generationen und das Leben im Alter neu zu organisieren. Es geht darum dabei mitzuwirken Kommunen und Zivilgesellschaft zu vernetzen. Gerade auch in der Pflege bietet das Innovationsprogramm Pflege des Ministeriums Fördermittel an, um solche innovativen Projekte zu fördern, damit Menschen würdig im Alter leben und gepflegt werden, so der Vortragende.

„Wie wollen wir im Alter gut zusammenleben“, diese Frage bewegt die Stadt Tübingen, so Dr. Harsch. Die Stadtverwaltung hat verschiedene Workshops in den Stadtteilen initiiert, um der Frage nachzugehen, welche Form des Zusammenlebens wir eigentlich wollen. Unter dem Konzept „Fairer Wohnen“ wurden seit 2010 bis 2017 etwa 2.400 Wohnungen vom Kommunalen Bauträger neu errichtet. Davon haben über 300 Wohnungen Mietbindungen und 2018 wurden weitere 800 Wohnungen zum Bau genehmigt. Trotzdem kann der wachsende Bedarf an bezahlbarem Wohnraum in der „Schwarmstadt“ kaum gedeckt werden. Wichtig ist es das „Soziale in den Quartieren stärken“, damit gerade Senioren auch im Alter im sozialen Umfeld verweilen können. „Wir müssen auch mit Träumen aufräumen“, so die Sozialbürgermeisterin, denn an Nahverdichtung und Pflegeheimen geht kaum ein Weg vorbei, „wenn Pflege vor Ort möglich sein soll.“

Nach der Vorstellungsrunde der Teilnehmer stellte der Moderator an die Expertenrunde die Frage, was die Politik tun muss, damit das momentane Defizit im sozialen Wohnungsbau überwunden werden kann und welche Anreize vom Land geschaffen werden müssen. In der folgenden Diskussion wurde die Verantwortung für sozialen Wohnungsbau in die Zuständigkeit der Kommunen gelegt. Wichtig war allen Diskussionsteilnehmern, dass die Kommunen unterstützt werden, neue Wege mit neuen Wohnformen zu gehen. Anschließend wurden die Fragen aus dem Publikum rund um Barrierefreiheit, Stärken und Schwächen des sozialen Wohnungsbaus und Quartiersmanagement sachlich und ausführlich beantwortet.

Nach der intensiven und aufschlussreichen Podiumsdiskussion fasste Susanne Wenz, stellv. Landesbezirksleiterin von ver.di Baden-Württemberg, die Ergebnisse des Fachtages zusammen und bedankte sich bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Fachtages. Deutlich wurde, dass die finanzielle Belastung von steigenden Wohnkosten ein Thema für Jung und Alt ist. Gerade Altersarmut hat viele Facetten und eine davon sind die Wohnkosten. „Mieten fressen Tariferhöhungen und Renten auf“, so Susanne Wenz.

Bericht: Dr. Silvan Siefert, VdK Baden-Württemberg